

HEUSS-FORUM
14/2017

Margit Reiter

„National“ versus „liberal“?
Politische Konfliktlinien und
Deutungskämpfe im Verband der
Unabhängigen (VdU) und in der FPÖ

Theodor-Heuss-Kolloquium 2017
Liberalismus und Nationalsozialismus –
eine Beziehungsgeschichte
14.–15. September 2017

In Kooperation mit dem
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
und seinem Zentrum für Holocaust-Studien

Leibniz Institute
for Contemporary History



**Institut für
Zeitgeschichte**
Zentrum für Holocaust-Studien

Margit Reiter

„National“ versus „liberal“? Politische Konfliktlinien und Deutungskämpfe im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der FPÖ

Der Liberalismus hat in Österreichs Geschichte keine starke (parteipolitische) Tradition. Nach einem kurzen Aufschwung des Liberalismus in den 1870er Jahren, als die Liberalen sogar zur herrschenden Partei in der österreichischen Reichshälfte wurden, erfolgte schon bald sein politischer Niedergang. Ein Teil des zersplitterten liberalen Lagers hatte sich zunehmend in die deutschnationale, antisemitische Richtung bewegt, wofür exemplarisch Georg von Schönerer und seine Alldeutsche Bewegung stehen. Nach 1918, in der Ersten Republik, existierten liberale Parteien in Österreich – anders als in der Weimarer Republik – de facto nicht. Traditionen des Liberalismus wirkten in wirtschaftlicher Hinsicht eher bei den Christlichsozialen, in gesellschaftspolitischer Hinsicht bei den Sozialdemokraten fort. Parteipolitisch wurde das sogenannte „Dritte Lager“ durch die Großdeutsche Volkspartei und dem Landbund repräsentiert, die allerdings den Liberalismus als „verjudet“ ablehnten und schließlich fast zur Gänze im Nationalsozialismus aufgingen.

Nach 1945 bestanden in Österreich kaum Anknüpfungsmöglichkeiten für das (Wieder)Erstehen einer liberalen Partei: Das jüdische (Groß-)Bürgertum, ursprünglich ein wichtiger Träger des Liberalismus, war im Nationalsozialismus vertrieben und ermordet worden, die „Nationalen“ (Landbund, Großdeutsche Volkspartei und ehemalige Nationalsozialist/inn/en) waren politisch diskreditiert und vorerst durch die Entnazifizierung aus der

Politik exkludiert. Erst ab 1948 gab es Bemühungen um eine „vierte Partei“ jenseits der zwei alles beherrschenden Großparteien ÖVP und SPÖ (und der politisch wenig relevanten KPÖ), in der – so der Selbstanspruch – auch liberale Ansätze vertreten sein sollten. 1949 gründeten die Journalisten Herbert Kraus und Viktor Reimann den Verband der Unabhängigen (VdU), aus dem nach internen Richtungsstreits (zwischen dem „liberalen“ und „nationalen“ Flügel) 1956 die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) hervorging.

Ich möchte nun die Entwicklung von der Gründung des VdU bis hin zur FPÖ aufzeigen und dabei u. a. folgende Fragen aufwerfen: Können VdU und FPÖ überhaupt als liberale Parteien bezeichnet werden? Wie sah ihre tatsächliche personelle und ideologische Verfasstheit aus? Kritisch zu hinterfragen ist auch ihre Haltung zum Nationalsozialismus und gegenüber ehemaligen Nationalsozialisten sowie das gängige Deutungsschema einer vermeintlich linearen Entwicklung vom „liberalen“ VdU zur „nationalen“ FPÖ. Ein kurssorischer Ausblick auf die weitere Entwicklung der FPÖ bildet schließlich den Abschluss meiner Ausführungen, die – so denke ich – eine interessante Diskussions- und Vergleichsbasis für den folgenden Vortrag zur FDP darstellen.

1. Die politische Formierung des „Dritten Lagers“ nach 1945: Der Verband der Unabhängigen (VdU)

Schon vor der Gründung des VdU gab es Bemühungen, das nationale Lager in Österreich wieder politisch zu organisieren. Ehemalige Großdeutsche und Vertreter des Landbundes gründeten im Juli 1947 die sogenannte „Verfassungstreue Vereinigung“, die allerdings bereits im Herbst 1948 u. a. wegen neonazistischer Aktivitäten aufgelöst bzw. verboten wurde.

Wesentlich erfolgreicher waren die (etwa zeitgleichen) Bemühungen von Herbert Kraus, gemeinsam mit einigen einflussreichen Personen aus der Wirtschaft und Presse in Salzburg, die Gründung einer „vierten Partei“ voranzutreiben. Ursprünglich hatten Kraus und seine Mitstreiter die Idee, in der ÖVP einen Platz zu finden, was zwar scheiterte, aber bereits ihre Verortung im bürgerlich-konservativen Lager markierte. Am 4. Februar 1949 gaben Kraus und Viktor Reimann die Gründung des „Wahlverbandes der Unabhängigen“ (WdU/VdU) bekannt – dabei handelte es sich um eine rechtliche Konstruktion, um den Status einer von den Alliierten genehmigten „Lizenzpartei“ zu umgehen.

Die personelle Zusammensetzung der neuen Partei war von Beginn an überaus heterogen: Die Parteigründer Kraus und Reimann galten als „Liberale“ (im Sinne von wirtschaftsliberal) und punkto Nationalsozialismus als „nicht belastet“, was sie bei näherer Sichtweise allerdings nur bedingt waren.

Herbert Kraus war zwar kein NSDAP-Mitglied gewesen, hatte aber im Nationalsozialismus Karriere als Wirtschaftsjournalist gemacht (so war er u. a. im „Süd-Ost-Echo“ tätig). In den 1940er Jahren hatte er ein Buch über Russland geschrieben, das ihn – so seine nachträgliche Selbstdarstellung – ein Verfahren wegen „Wehrkraftzersetzung“ einbrachte, das allerdings gegen Kriegsende eingestellt wurde.

Die Selbstpräsentation von Kraus, wonach er nicht nur kein Nationalsozialist, sondern sogar widerständig gewesen sei, ist nicht frei von Widersprüchen und daher ebenso kritisch zu hinterfragen wie Viktor Reimanns Biographie. Reimann war bereits vor 1938 bei der NSDAP und immer stark deutschnational und antisemitisch eingestellt. Aufgrund seiner Kontakte zu einer katholischen Widerstandsgruppe geriet er in die Mühlen der NS-Justiz und saß wegen

„Vorbereitung zum Hochverrat“ zwei Jahre in Haft. Dass Reimann nach 1945 als „NS-Opfer“ firmierte, erwies sich zwar als vorteilhaft für das Image des VdU, machte ihn in den eigenen Kreisen aber verdächtig: Nicht selten wurde er parteiintern abschätzig als „KZ’ler“ tituliert.

Neben diesen „liberalen“ Aushängeschildern an der Parteispitze fanden im VdU aber auch sehr viele deklarierte „Nationale“ unterschiedlichster Herkunft und Ausprägung ihren Platz: Dazu zählten alte Landbund-Politiker und spätere Nationalsozialisten (wie z. B. Karl Hartleb, der auch in der FPÖ eine wichtige Rolle spielte), politisch einflussreiche Kärntner NS-Großbauern, ehemalige NS-Propagandisten (wie z.B. der Schönerianer und VdU-Rechtsaußen Fritz Stüber), sowie eine große Zahl von als „minderbelastet“ eingestuften Nationalsozialist/inn/en und „Heimkehrern“, die sich bisher noch keiner Partei angeschlossen hatten. Finanziell unterstützt wurde die neue Partei von national orientierten Industriellen, die es jedoch vorzogen, politisch im Hintergrund zu bleiben.

Das liberale Segment war im VdU sowohl in personeller als auch in inhaltlicher Hinsicht von Beginn an eher marginal. Der FPÖ-Funktionär und Parteihistoriker Kurt Piringer bringt dies auf den Punkt, wenn er meint: „Dieses liberale Lager gab es 1949 nicht einmal ansatzweise. [...] Als ... Kraus ... bei den Resten des alten Liberalismus anknüpfen wollte, griff er gleichsam ins Leere.“¹

Nichtsdestotrotz reklamierten sowohl der VdU als auch die Nachfolgepartei FPÖ das liberale Erbe für sich, wenngleich dieses stets – wie ich noch aufzeigen werde – in einem Span-

¹ Kurt Piringer: Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik, Wien 1982, S. 12f und 16.

nungsverhältnis zum deutschnationalen Gedankengut der Partei stand. Die Selbstbeschreibung als „liberal“ erweist sich als Rückprojektion, die im zeitgenössischen Diskurs kaum eine Entsprechung fand. Kraus schrieb in seiner Autobiographie dazu: „Mit dem Wort ‚liberal‘ gingen wir sparsam um. Erst als das alte Liberalismus-Bild (Manchester Liberalismus) verblasst und vergessen war, verwendeten wir das Wort ‚liberal‘ für jene Majorität im VdU, die sich von der ‚nationalen‘ Minorität unterscheiden sollte.“² Abgesehen davon, dass Kraus hier die Mehrheitsverhältnisse des VdU verdreht – nicht die „Nationalen“, sondern die „Liberalen“ waren in der Minderheit –, umschreibt er damit die nach wie vor vorhandene massive Ablehnung des „Liberalismus“ in Teilen der Partei. Gleichwohl vertrat der VdU wirtschaftsliberale Positionen, bekämpfte den Parteieneinfluss, Proporz und Bürokratismus in Österreich, war klar antimarxistisch und antiklerikal positioniert und stand im Kontakt mit anderen liberalen Parteien, darunter auch zur FDP.

Selbsterklärtes Ziel des VdU war zum einen der Kampf gegen die großkoalitionäre Dominanz (ÖVP und SPÖ regierten 1945–1966 in einer Großen Koalition) und zum anderen der Einsatz für die „ausgestoßenen und entrechteten“ ehemaligen Nationalsozialist/inn/en, die es wieder in die demokratische Gesellschaft einzugliedern galt. Selbst wenn man der VdU-Führung diesbezüglich ein ehrliches Bemühen nicht absprechen will, so war die völlig überzogene Kritik an der Entnazifizierung, die oft mit dem NS-Unrecht gleichgesetzt wurde, überaus problematisch, wenn letztendlich auch erfolgreich.

² Herbert Kraus: Untragbare Objektivität. Politische Erinnerungen 1917 bis 1987, Wien/München 1988, S. 208.

Bei den Wahlen im Oktober 1949, bei denen erstmals auch eine große Zahl von mittlerweile entnazifizierten Nationalsozialist/inn/en wahlberechtigt war, erzielte der VdU auf Anhieb 11,6 Prozent und war nunmehr mit 16 Abgeordneten im Nationalrat vertreten. Damit hatte der Kampf für die vollständige Rehabilitierung der „Ehemaligen“ auch Eingang in das Parlament gefunden. Zwar war die sogenannte „Nazifrage“ auch schon vorher Teil des parlamentarischen Diskurses, aber für den VdU wurde sie zur zentralen politischen Agenda.

2. Zwischen Abgrenzung und Inklusion: Das Verhältnis zum Nationalsozialismus

Der VdU war von Beginn an mit dem Vorwurf konfrontiert, sowohl von seiner personellen Zusammensetzung als auch von seinen Inhalten her eine verbrämte „Nazipartei“ zu sein. Diesen Vorwurf versuchte der Parteivorstand u. a. mit einer Erklärung zu entkräften, in der man sich dezidiert von „jede(r) Form von Neonazismus und Pangermanismus“ (so die zeitgenössische Diktion) distanzierte.³ Diese Erklärung war jedoch nur eine informelle Absichtserklärung, die nicht von allen mitgetragen und vor allem: nicht immer in die politische Praxis umgesetzt wurde. So hieß Kraus explizit all jene ehemaligen Nationalsozialisten in der Partei willkommen, die sich „bedingungslos auf den österreichischen Standpunkt“ stellten und sich im Nationalsozialismus „anständig“ verhalten hätten.⁴

³ Erklärung aus der VdU-Bundesvorstandssitzung vom 13. Oktober 1949, zit. nach Lothar Höbelt (Hg.): Aufstieg und Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen 1948–1955, Köln/Wien/Weimar 2015, S. 60.

⁴ Gedächtnisprotokoll der Besprechung mit Dr. H. Kraus vom 11. März 1949 in Salzburg, zit. nach Höbelt, Aufstieg, S. 32–33.

Das Bekenntnis zu Österreich war nach 1945 eine Art Lackmustrtest für die Abkehr vom Nationalsozialismus und für Demokratiefähigkeit. Das erklärt auch das offensive Einschwören von Kraus auf einen Österreich-Patriotismus, der zwar seinen eigenen Überzeugungen entsprach, in den eigenen Reihen aber wenig Anklang fand. Denn dort wurde die österreichische Opferthese keineswegs geteilt und der Deutschnationalismus war im VdU und in der FPÖ noch über Jahrzehnte hinweg ein Kernelement ihrer Ideologie und ihres Parteiprogramms.

Trotz aller Rhetorik der Abgrenzung war die Bereitschaft zur Inklusion von ehemaligen Nationalsozialist/inn/en – unabhängig vom Grad ihrer NS-Belastung oder ihrer Gesinnung – sowohl im VdU als auch in der FPÖ sehr groß. Distanzierungen erfolgten, wenn überhaupt, meist weniger aus ideologischen Vorbehalten als aus strategisch-taktischen Gründen. Selbst die obligatorische Abgrenzung von NS-Verbrechen und all jenen, die „Blutschuld“ auf sich geladen haben, war nicht lückenlos, wie das Engagement für verurteilte Kriegsverbrecher (wie z.B. Walter Reder) zeigte. Insgesamt haben VdU und FPÖ eine große Zahl von „Ehemaligen“ absorbiert, die sich oft nur vordergründig an die demokratische Grundordnung angepasst haben, im Grunde aber nach wie vor ihren Überzeugungen treu geblieben sind. Viele von ihnen taten sich immer wieder durch einschlägige Aussagen oder Aktivitäten hervor, die die FPÖ wiederholt in die Nähe zum Rechtsextremismus rückten.

3. Vom „liberalen“ VdU zur „nationalen“ FPÖ?

Schon bald nach Einzug ins Parlament und herben Wahlverlusten 1953 kam es im VdU wiederholt zu Konflikten, die zur Erosion des ohnehin sehr fragilen innerparteilichen Macht-

gefüges führten. Vor allem die „Nationalen“ in- und außerhalb der Partei begannen verstärkt gegen die als zu „liberal“ geltende Parteiführung zu opponieren. Diese Machtkämpfe ausschließlich auf einen Richtungsstreit zwischen „Nationalen“ und „Liberalen“ zuzuspitzen, greift jedoch zu kurz: Zwar bestanden diese Konfliktlinien, aber oft verliefen die Fronten quer durch diese Lager, und es ging oft mehr um strategische Uneinigkeiten oder persönliche Animositäten und weniger um ideologische Differenzen und die Haltung zum Nationalsozialismus.

Anfang der 1950er Jahre hatte sich ein politischer Paradigmenwechsel vollzogen: Fast alle Nationalsozialist/inn/en waren nun „entnazifiziert“ und agierten mit neuem Selbstbewusstsein. Die 1949 noch bestehenden taktischen Überlegungen, sich als „Belastete“ politisch lieber im Hintergrund zu halten, fielen nunmehr weitgehend weg. Das im Mai 1954 erstellte Bad Ausseer Programm des VdU beinhaltete ein noch dezidierteres „Bekenntnis zur nationalen Aufgabe“ als bisher und war der Auftakt zu einem Machtkampf, der 1956 mit dem Sieg der „Nationalen“ endete. Zur Galionsfigur dieser „nationalen Sammlungsbewegung“ wurde schließlich Anton Reinthaller, der spätere erste Parteiobmann der FPÖ.

Reinthaller war ein prominenter NS-Funktionär, der bereits 1928 der NSDAP beigetreten war („Illegaler“) und dem „gemäßigten“ Flügel der NSDAP zugeordnet wird. 1938 war Reinthaller im sogenannten „Anschluss“-Kabinett unter Seyß-Inquart Landwirtschaftsminister, er trat der SS bei und war später u. a. als Unterstaatssekretär im Reichsnährstand, Reichstagsabgeordneter und Landesbauernführer für den Gau Niederdonau tätig. Nach Kriegsende wurde er im US-Lager „Glasenbach“ interniert, danach in Nürnberg als Zeuge einvernommen und er saß bis Ende 1948 in Dachau und in Nürnberg-Langwasser in Haft.

Trotz einer Verurteilung durch das österreichische Volksgericht wegen „Hochverrats“ 1950 zu 3 Jahren Haft kam Reinhaller sofort auf freien Fuß und wurde schließlich 1953 vom Bundespräsidenten begnadigt.

Reinhaller fungierte als politischer Hoffnungsträger für viele seiner nationalen Gesinnungsgenoss/inn/en und auch die VdU-Führung bot ihm eine führende Rolle im VdU an. Hintergrund dafür war der Versuch, unter dem Schlagwort „Dritte Kraft“ eine Einigung des in sich zerstrittenen nationalen Lagers zustande zu bringen – allerdings vergebens.

Im Frühjahr 1955 spalteten sich etliche Landesverbände vom VdU ab und schlossen sich der mittlerweile von Reinhaller gegründeten Freiheitspartei an. Daraus ging die FPÖ hervor, die am 6. April 1956 unter dem Motto „Glaube, Treue, Opferbereitschaft“ offiziell gegründet wurde. Nach weiteren Verhandlungen konnte man sich im Herbst 1955 auf die Bildung einer neuen „freiheitlichen Einheitspartei“ einigen, die sich aus Teilen des VdU, der Freiheitspartei und einigen bisher noch nicht organisierten „Nationalen“ zusammensetzte. Einige Monate später, am 6. April 1956, wurde die FPÖ unter dem Motto „Glaube, Treue, Opferbereitschaft“ offiziell gegründet.

Unmittelbar darauf wurde der VdU vereinbarungsgemäß aufgelöst und traten Kraus und Reimann aus der FPÖ aus. Der entmachtete Kraus sprach in einer Pressekonferenz u. a. wortwörtlich von einer „lange vorbereiteten Machtübernahme durch einen kleinen Kreis von Rechtsextremisten und NS-Führern“.⁵

Dieser Vorwurf war zwar etwas überzogen, aber nicht ganz unberechtigt. Tatsächlich stand

⁵ Vgl. dazu Kraus, *Objektivität*, S. 285f; Viktor Reimann: *Die Dritte Kraft in Österreich*, Wien 1980, S. 272f.

nun an der Parteispitze ein hochrangiger und ideologisch überzeugter ehemaliger Nationalsozialist, der sich aber bis zu einem gewissen Grad als anpassungsfähig erwies. Auch auf vielen anderen Ebenen der Partei (vor allem in den Landesorganisationen) waren etliche frühere NS-Funktionäre installiert worden, die bisher noch nicht in der ersten Reihe standen. Außerdem tummelten sich im näheren Umfeld der FPÖ viele schwer belastete Nationalsozialist/inn/en, die sich durch den Führungswechsel bestätigt sahen und politischen Auftrieb erhielten.

Im Parlamentsklub selbst hatte sich allerdings nicht so viel geändert, da etliche VdU-Abgeordnete nahtlos zur FPÖ wechselten: Von den mittlerweile nur mehr sechs FPÖ-Abgeordneten waren fünf bereits im VdU aktiv gewesen. Selbst die als „liberal“ geltenden VdU-ler Willfried Gredler und Jörg Kandutsch setzten ihre Karriere bruchlos in der FPÖ fort. Alles in allem erweist sich der Bruch 1956 sowohl in personeller als auch ideologischer Hinsicht als weniger einschneidend als oft behauptet. Das gängige Narrativ einer linearen Entwicklung von einem „liberalen“ VdU zu einer „nationalen“ FPÖ kann somit nicht aufrechterhalten werden.

Ungeachtet dessen bedeutete die Gründung der FPÖ einen Rechtsruck. Die FPÖ war – mehr noch als der VdU – eine zwar kleine, aber weit rechtsstehende Weltanschauungspartei mit einer klaren programmatischen deutschnationalen Ausrichtung. Diese äußerte sich u. a. im Bekenntnis zur „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“ (1955), das erst im Parteiprogramm von 1985 durch die Formulierung „Zugehörigkeit zum deutschen Volks- und Kulturraum“ abgeschwächt wurde.⁶ Noch 1988 hat

⁶ Zu den Parteiprogrammen vgl. Kurt Richard Luther: *Die Freiheitliche Partei Österreichs*, in: Herbert

Haider die österreichische Nation als „ideologische Missgeburt“ bezeichnet, erst später schwenkte die FPÖ auf einen dezidiert populistischen österreich-patriotischen Kurs um.

Die freiheitliche Partei verfolgte keine explizit liberale Agenda, im Gegenteil: sie distanzierte sich in ihren Parteiprogrammen explizit vom Liberalismus und die wenigen verbliebenen Liberalen wurden geringgeschätzt oder auch angefeindet. Ein Beispiel dafür ist Willfried Gredler, der eine erstaunliche politische Karriere vorzuweisen hatte: Als NSDAP-Mitglied stieß er gegen Ende des Krieges zum konservativen Widerstand, nach 1945 war er zuerst in der ÖVP, dann im VdU und schließlich in der FPÖ aktiv, wo er später zum „Paradeliberalen“ avancierte. Gerade in seinem Fall zeigte sich, dass die Etikettierung als „liberal“ fallweise zu einem parteiinternen Denunzierungsinstrument wurde und nicht selten mit Antisemitismus einherging. So wurde Gredler vorgeworfen, dass er mit „Freimaurern, Juden und Halbjuden, KZlern und Widerständlern“ wie z.B. dem Verleger Fritz Molden verkehre. Gredler wies diesen Vorwurf als „absurd“ von sich, allerdings mit der bemerkenswerten Argumentation, dass Molden „nicht Halb- sondern höchstens Vierteljude“ sei.⁷ Das heißt, in der Abwehr antisemitischer Zuschreibungen reproduzierte Gredler selbst antisemitische Kategorien, die im Übrigen im Binnendiskurs der FPÖ durchaus üblich waren.

Dachs u.a. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien 1992, S. 286–303.

⁷ Oberösterreichisches Landesarchiv (OÖLA), NL Reinthaller, VdU/FPÖ, Ordner IV, Mappe 1956/V, Fritz Stüber an Karl Dodel, 11.7.1956; Willfried Gredler an Anton Reinthaller, 27.7.1956, mit Stellungnahme.

4. Ein Ausblick

Nach dem Tod Anton Reinthallers im März 1958 wurde sein politischer Schützling Friedrich Peter zum Parteiobmann gewählt, der die FPÖ zwanzig Jahre lang (1958 bis 1978) führte. Der noch junge Peter erwies sich zu Beginn seiner politischen Karriere als „Scharfmacher“ und als Kämpfer für die (sehr weit gefasste) „Frontgeneration“, zu der er sich selbst auch zählte. Er hatte – im Gegensatz zu Reinthaller, der als „Belasteter“ in dieser Frage aus taktischen Gründen zurückhaltender agierte – keine Berührungängste mit prononcierten Nationalsozialist/inn/en, die er in die FPÖ einbinden wollte. Dass Peter selbst als Mitglied der 1. SS-Infanteriebrigade (die nachweislich an Massenmorden beteiligt war) zwar nicht der Funktion aber dem Tätigkeitsbereich nach wesentlich stärker belastet als Reinthaller war, war Ende der 1950er Jahre kein öffentliches Thema. Erst 1975, im Rahmen der sogenannten Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre holte ihn seine SS-Vergangenheit wieder ein.

Der immanente Richtungsstreit entlang der Pole „liberal“ versus „national“ zog sich durch die gesamte weitere Geschichte der FPÖ. Es mag als Ironie der Geschichte erscheinen, dass ausgerechnet der „geläuterte“ ehemalige SS-Mann Peter später versuchte, die FPÖ aus dem politischen Ghetto, in die „politische Mitte“ zu führen. Diese Liberalisierungsversuche wurden unter dem neuen Obmann Norbert Steger fortgesetzt, was 1979 zur Aufnahme in die Liberale Internationale und 1983 zur ersten Regierungsbeteiligung der FPÖ führte. Der Versuch einer liberalen Öffnung wurde allerdings massiv hintertrieben und war nach der putschartigen Machtübernahme durch Jörg Haider 1986 endgültig gescheitert. Nicht zuletzt wegen Haiders zahlreichen NS-affinen Äußerungen distanzierte sich der frühere Parteiobmann Peter 1991 öffentlich von der FPÖ und trat ein Jahr darauf aus der von ihm mit-

gegründeten Partei aus. Noch viele weitere politische Wegbegleiter kehrten der FPÖ den Rücken, sowohl betonte rechte (die im Rechts-Extremismus landeten) als auch liberalere, wie z.B. Heide Schmidt und das 1993 von ihr gegründete „Liberale Forum“, das jedoch nur ein kurzes Zwischenspiel blieb.

Abschließend kann festgehalten werden, dass das liberale Experiment im VdU und in der FPÖ – und damit letztendlich wohl auch in Österreich – als gescheitert betrachtet werden kann.

Zitation:

Margit Reiter: „National“ versus „liberal“? Politische Konfliktlinien und Deutungskämpfe im Verband der Unabhängigen (VdU) und in der FPÖ, in: HEUSS-FORUM 14/2017, URL: www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum_14_2017.